

**Beschlossen am 25. November 2007 durch den 27. Bundeskongress**

## **Resolutionsantrag an den 27. Bundeskongress der Grünen**

### **„Sicherung des solidarischen Sozialstaates“**

**Der Bundeskongress möge beschließen:**

*Präambel/Einleitung:*

Zwei zentrale Säulen Grüner Politik sind die ökologische und solidarische Alternative. Eines unserer Ziele ist die solidarische Gesellschaft. Dazu zählen wir eine umlagefinanzierte Sozialversicherung ebenso wie das freizugängliche Bildungssystem, das eine ursächliche Zielsetzung in der Chancengerechtigkeit sieht. Grundsätzlich streben wir eine ausgeglichene Lastenverteilung in der Finanzierung notwendiger gesellschaftlicher und sozialer Aufgaben an. Zentraler Bestandteil ist das Leistungsfähigkeitsprinzip: Alle müssen nach ihren ökonomischen und finanziellen Möglichkeiten einen Beitrag am Steueraufkommen leisten.

Wir sehen den solidarischen Sozialstaat, der qualitativ hochwertige, öffentliche Leistungen in existenzsichernder Höhe garantiert, als unverzichtbares Instrument eines ausgleichenden Gesellschaftssystems in Österreich.

*Antragstext:*

*Solidarität in einem Sozialstaat österreichischer Prägung findet auch über Umverteilung statt.*

*Der 27. Bundeskongress spricht sich daher für eine Reform der Neubewertung von vermögensbezogenen Steuern mit der Zielsetzung der Angleichung an die Durchschnittswerte der OECD und EU-15 an.*

*Die umverteilende Wirkung des österreichischen Steuersystems ist unzureichend. Österreich gönnt sich - verglichen mit den Ländern der EU-15 - beispielsweise den Luxus den niedrigsten Anteil vermögensbezogener Steuern gemessen am Gesamtsteueraufkommen einzuheben.*

*Gleichzeitig definiert der 27. Bundeskongress dringliche Handlungsfelder Grüner Umverteilungspolitik:*

- *Die Grüne Grundsicherung, verbunden mit dem Grünen gesetzlichen Mindestlohn als verteilungs- und sozialpolitisches Basisnetz*
- *Anerkennung der umverteilenden Wirkung von Bildung und deren entscheidenden Anteil an Chancengerechtigkeit in Österreich. Diese Anerkennung spiegelt sich in Investitions- und budgetären programmatischen Forderungen der Grünen wieder*
- *Anerkennung der Pflege als integraler Teil des solidarischen Sozialstaates und damit Verantwortung der öffentlichen Hand. Pflege und Betreuung muss allen Menschen unabhängig von ihrer sozialen Stellung und ihren finanziellen*

*Möglichkeiten im Ausmaß des individuellen Bedarfs offen stehen. Dazu bedarf es der Erarbeitung eines umfassenden Konzepts für Pflege und Betreuung sowie einer Neuordnung der Finanzierung unter der Prämisse des sozialen Ausgleichs.*

*Grundsicherung, Bildung und Pflege/Betreuung sind Pflichtaufgaben der öffentlichen Hand.*

*Selbstverständlich ist, dass besonders in dieser Thematik die genderspezifischen Aspekte und Auswirkungen berücksichtigt werden müssen.*

***Begründung:***

Wir sind der Meinung, dass eine kritische Auseinandersetzung mit globalen Zusammenhängen, Neoliberalismus und vorhandenen Machtverhältnissen unabdingbar ist. Neben realpolitischem Ringen um Verbesserung der Lebensumstände für Mensch und Natur muss Grüne Politik das Prinzip des Sachzwangs durchbrechen, Kritik an vorhandenen Strukturen üben, sowie visionäre Perspektiven einer gerechten Gesellschaft darstellen. Gleichzeitig müssen wichtige gesellschaftspolitische Errungenschaften als Grundsätze und Ausgangspunkte Grüner Visionen außer Frage gestellt werden.

Wir bemühen uns auf allen Ebenen ein verstärktes alternatives Profil unserer Inhalte zu übermitteln und Menschen zu überzeugen, dass eine andere Welt möglich ist. Es gilt daher immer und überall, nach innen und nach außen, Alternativen zum hegemonialen Gesellschafts- und Politikbild aufzuzeigen. Dabei müssen wir den Nutzen für jedeN EinzelneN erkennbar machen und die Verantwortung für eine solidarische und ökologische Lebensform von Politik und Gesellschaft einfordern.

Vermögen, aber auch Chancen sind in Österreich sehr ungleich verteilt. So verfügt das oberste 1% über 1/3, die obersten 10% über 2/3 aller Vermögen in Österreich. Vermögen leisten einen vollkommen unzureichenden bis gar keinen Beitrag zum Steueraufkommen. Die Hauptanteile des Steueraufkommens liegen mit jeweils ca. 30% bei der Lohn- und Einkommenssteuer sowie bei der Umsatzsteuer. Bereits 2006 hat sich daher die Grüne BAG Wirtschaft für eine Angleichung der vermögensbezogenen Steuern an den Durchschnitt der EU-15 ausgesprochen.

Sozialleistungen, besonders jene der sozialen Sicherung wie Sozialhilfe, Ausgleichszulage und Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe sind in Österreich sehr niedrig und oft nicht existenzsichernd. Sowohl das durchschnittliche Arbeitslosengeld als auch die durchschnittliche Notstandshilfe liegen unter der Armutsgefährdungsschwelle. Daher ist die Grüne Grundsicherung ein entscheidender Schritt zur sozialen Absicherung.

Der Zugang zu Bildung und die damit verbundenen Chancen werden in Österreich sozusagen vererbt. Der Bildungsstand der Eltern bestimmt oftmals den Bildungsstand der Kinder. Haben die Eltern einen niedrigen Bildungsabschluss, kommen die Kinder oft nicht darüber hinaus. Bildung ist in unserer Gesellschaft jedoch zentraler Faktor der sozialen Lebenslage. Kindern die ausgleichende und umverteilende Wirkung zu verwehren, ist einem reichen Land wie Österreich

unwürdig. Auch für Erwachsene müssen Investitionen in ein gutes Bildungssystem im Vordergrund stehen.

Als neue Herausforderung in unserer Gesellschaft muss auch die Pflege und Betreuung gesehen werden. Wir wollen außer Frage stellen, dass diese Herausforderung eine öffentliche Aufgabe ist und die Verantwortung für ein umfassendes, qualitativ hochwertiges und gleichzeitig für die Betroffenen leistbares Pflegesystem nicht individualisiert werden darf. Pflege und Betreuung dürfen nicht zu einem neuen Armutsrisiko werden.

In diesem Sinne müssen auch Fragen des Grundrechts auf Existenz sicherndes Einkommen, Bildung und Pflege/Betreuung berücksichtigt werden.

Es ist zentral die Umverteilungsforderung mit dem solidarischen Sozialstaat zu verknüpfen.

Hier geht es keineswegs um die bloße Beschaffung von Budgetmitteln. Es geht vor allem um mehr Steuergerechtigkeit und den damit verbundenen Mehrwert.

Gleichzeitig erscheint es uns aber auch wichtig keine zweckgebundenen Steuern für einzelne Maßnahmen, wie z.B. die Pflege zu fordern. Es ist Aufgabe der Politik mit Budgetmitteln zu steuern. Eine gerechte Umverteilung innerhalb der Gesellschaft gehört für die Grünen dazu.